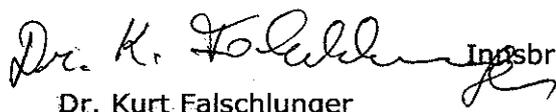


Antrag der Vorstandsmitglieder Dr. Kurt Falschlunger und Volkmar Reinalter an die hohe Generalversammlung, am 31.01.2015

Die Generalversammlung, als oberstes Organ der Partei, möge folgende Resolution beschließen:

- Der Einigungsparteitag im Dezember 2013 war ein wichtiger erster Schritt für die Stabilisierung unserer Gemeinschaft. Der daraus resultierende Kassasturz wird, nach einer Prüfung durch eine unabhängige Wirtschaftstreuhandkanzlei, von der hohen Generalversammlung ausdrücklich genehmigt.
- Parteiobmann BGM Hansjörg Peer genießt das volle Vertrauen der politischen Partei Vorwärts Tirol. Hansjörg Peer repräsentiert unsere Gemeinschaft gem. §7 Abs. 2 nach außen und ist dabei von allen Mitgliedern bestmöglich zu unterstützen. Öffentliche Angriffe und Denunzierungen gegenüber seiner Person innerhalb unserer Bewegung sind parteischädigend und daher sofort einzustellen.
- Altobmann KO DI Hans Lindenberger wird aufgefordert, die Verantwortung für alle Vorkommnisse, während seiner Obmannschaft bis zum Einigungsparteitag im Dezember 2013, zu übernehmen. Er wird insbesondere aufgefordert, seinen „Nachlass“, die Causa Pixel, durch konstruktives Engagement ordentlich und ohne weiteren Schaden für die Partei aufzuarbeiten.
- Der politische Erfolg von Vorwärts Tirol bei der Landtagswahl 2013 war ohne Zweifel ein Gemeinschaftsprodukt. Er ist den zahlreichen engagierten Menschen im ganzen Land zu verdanken, die ehrlich und couragiert für eine neue bürgerliche Kraft in Tirol eintraten. Nur durch diese kollektive Kraft konnten die von der Partei entsandten Abgeordneten in den Landtag einziehen. Unsere Abgeordneten werden daher dringend ersucht, neben der Ausübung des unbestrittenen freien Mandats, auch die Interessen ihrer Partei im Landtag und in der Öffentlichkeit respektvoll und engagiert zu vertreten und der moralischen Verantwortung gegenüber der Partei und ihren Mitgliedern gerecht zu werden.
- Der Vorwärts Tirol Landtagsklub ist Teil der politischen Partei Vorwärts Tirol. Deren Klubmitglieder werden aufgefordert, mit dem Parteivorstand einen konstruktiven Dialog zu führen und demokratisch getroffene Entscheidungen zu akzeptieren. Die Klubmitglieder haben die moralische Verpflichtung, parteischädigendes Verhalten, z. B. öffentliche Denunzierungen von Vorstandsmitgliedern oder die Weitergabe von internen Unterlagen, ohne Absprache mit dem Parteiobmann, zu unterlassen.


Dr. Kurt Falschlunger

Innsbruck, 26.01.2015


Volkmar Reinalter